**Beitrags- u. Gebührensatzung (BGS) zur Entwässerungssatzung der Gemeinde
Nottuln
Gegenüberstellung §§ 9 u. 11 (Alt / Neu)**

AltNeu

<p>§9 Gebührenmaßstab, Abgabemaßstab und Gebührensatz</p> <p>(2) a) Die Niederschlagswassergebühr im Sinne des § 8 Abs. 1 dieser Satzung wird nach der Größe der bebauten und/oder befestigten Grundstücksfläche berechnet, von der Niederschlagswasser unmittelbar oder mittelbar in die öffentliche Abwasseranlage gelangt.</p> <p>b) Als angeschlossene bebaute Fläche gilt die überbaute Fläche des Grundstückes. Dies sind die Grundflächen der Gebäude einschl. Außentreppen zzgl. der durch Dachüberstände, Vordächer, Balkone, Garagen, Carports u.ä. überbaute Flächen. Als angeschlossen gelten auch die befestigten Grundstücksflächen (Hofflächen, Zugänge, Garagenzufahrten, Stellplätze, Parkplätze, Terrassen, Straßen, Wege, Lagerflächen usw.), die mit Beton, Asphalt, Platten, Pflaster oder anderem wasserundurchlässigem Material versehen sind und von denen Niederschlagswasser direkt oder indirekt (über öffentliche oder private Flächen (Straßenflächen u.a.) in die öffentliche Abwasseranlage gelangt.</p>	<p><u>§ 9 Abs. 2 c, d und e werden neu aufgenommen:</u></p> <p>(c) Teilversiegelte Flächen werden – mit Ausnahme von Ökopflaster – bei der Erhebung der Niederschlagswassergebühr nicht berücksichtigt. Teilversiegelt sind Flächen, die eine überwiegende Wasserdurchlässigkeit oder eine nicht unerhebliche Rückhaltung von Niederschlagswasser zulassen, welches somit im Boden gespeichert und dem Grundwasser bzw. dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden kann. Zu den</p>
--	---

	<p>teilversiegelten Flächen gehören lückenlos begrünte Dächer, Schotterflächen, Flächen mit Rasengittersteinen sowie Kies oder Asche.</p> <p>Flächen mit Porenbetonsteinen und Pflaster mit ablaufähigen Fugen (sog. Öko-Pflaster) werden auf Antrag zu 70 % bei der Erhebung der Niederschlagswassergebühr berücksichtigt. Voraussetzung für die Reduzierung ist der Nachweis (Zertifikat o.ä.) des Pflasterherstellers über die Versickerungsfähigkeit des Pflasters. Zusätzlich müssen der Unterbau und das Fugenmaterial auf das Entwässerungssystem abgestimmt sein, also wasseraufnahmefähig bzw. -durchlässig sein. Gelingt ein solcher Nachweis nicht, wird die betreffende Fläche zu 100% zur Niederschlagswassergebühr veranlagt.</p> <p>(d) Niederschlagswasser von an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossenen Flächen, welches vor der Einleitung in den Kanal in Auffangbehälter eingeleitet wird, kann für Eigenzwecke auf dem Grundstück als Brauchwasser genutzt werden. Die zu diesem Zweck notwendige Hausleitungsanlage muss den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechen. Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Errichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb derartiger Brauchwasseranlagen trägt der jeweilige Betreiber.</p> <p>Werden auf dem Grundstück entsprechende Anlagen betrieben, aus denen Schmutzwasser anfällt (z.B. durch Verwendung als Wasch- oder Toilettenspülwasser) und der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt wird, wird hierfür eine Schmutzwassergebühr erhoben. Die Wassermenge ist von dem Gebührenpflichtigen durch Messung (geeichter Wasserzähler) nachzuweisen. Für die anfallenden, der öffentlichen Abwasseranlage zugeleiteten Schmutzwassermengen reduziert sich die für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebliche Fläche, von der das Oberflächenwasser in die Anlage gelangt, um 80 %, wenn die Regenwassernutzungsanlage <u>mit Überlauf</u> und um 100 %, sofern die Regenwassernutzungsanlage <u>ohne Überlauf</u></p>
--	--

<p>(3) Die Gebühr im Sinne des §8 Abs. 1 dieser Satzung beträgt für die Abwassererzeuger:</p> <p>a) bei einem Schmutzwasseranschluss je cbm/jährlich 1,76 EUR</p> <p>b) bei einem Niederschlagswasseranschluss je qm/jährlich 0,45 EUR</p>	<p>an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. Als Einzugsfläche werden 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen anerkannt, sofern das Fassungsvermögen der Nutzungsanlage als Untergrenze mindestens 1 m³ beträgt. Veranlagt werden die Flächen, die bei einem derartigen Anschluss 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen der Anlage überschreiten.</p> <p>(e) Im Fall des Betriebs von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser (z. B. Versickerungsbecken, Mulden, Rigolen), die mit einem Überlauf an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen sind, reduziert sich die für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebliche Fläche, von der das Oberflächenwasser in die Anlage gelangt, um 80 %, wenn die Regenwassernutzungsanlage <u>mit Überlauf</u> und um 100 %, sofern die Regenwassernutzungsanlage <u>ohne Überlauf</u> an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. Als Einzugsfläche werden 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen anerkannt, sofern das Fassungsvermögen der Nutzungsanlage als Untergrenze mindestens 1 m³ beträgt. Veranlagt werden die Flächen, die bei einem derartigen Anschluss 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen der Anlage überschreiten.</p> <p><u>§ 9 Abs. 3 a und b erhalten folgende Fassung:</u></p> <p>(3) Die Gebühr im Sinne des §8 Abs. 1 dieser Satzung beträgt für die Abwassererzeuger:</p> <p>a) bei einem Schmutzwasseranschluss je cbm/jährlich 1,79 EUR</p> <p>b) bei einem Niederschlagswasseranschluss je qm/jährlich 0,47 EUR</p>
--	--

§ 11 Gebühren- und Abgabepflichtige

- (1) Gebühren- / Abgabepflichtig ist der Eigentümer des an der Abwasserleitung angeschlossenen Grundstückes. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte gebühren- / abgabepflichtig.
- (2) Neben dem Grundstückseigentümer haften für die Gebühren und Abgaben auch die sonstigen zur Benutzung des Grundstückes oder von Grundstücksteilen (Wohnungen, Gärten, Hofräume usw.) Berechtigten (Nießbraucher, Pächter, Mieter u.ä.) nach dem Verhältnis ihres Nutzungsanteiles, es sei denn, dass sie ihrer Zahlungspflicht gegenüber dem Eigentümer vor ihrer Inanspruchnahme durch die Gemeinde bereits genügt haben.
- (3) Mehrere Gebühren- und Abgabepflichtige sind Gesamtschuldner.
- (4) Beim Wechsel des Eigentümers (Erbbauberechtigten, Nießbrauchers, Pächters, Mieters u.ä.) geht die Gebühren- / Abgabepflicht auf den neuen Rechtsträger über. Melden der bisherige und der neue Gebühren- / Abgabepflichtige die Rechtsänderung nicht vorschriftsmäßig an und erhält der Abwasserbetrieb auch nicht auf andere Weise nach dem Wechsel Kenntnis, so haften beide gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren und Abgaben, die während des Zeitabschnittes, in den der Rechtsübergang fällt, entstehen.
- (5) Die Gebühren- und Abgabepflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren und Abgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen, sowie Daten und Unterlagen zu überlassen und zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 11 Abs. 6 u. 7 werden neu aufgenommen:

(6) Werden Angaben nicht erbracht oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Gemeinde die für die Berechnung maßgebenden Merkmale nach erstmaliger schriftlicher Aufforderung gegenüber dem Auskunftspflichtigen unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen Sachverständigen auf Kosten des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.

(7) Wird die Größe der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung bzw. nach Ingebrauchnahme der veränderten Flächen anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gelten die Absätze 5 und 6 (Anmerkung: §11) entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche wird mit dem Tag berücksichtigt, an dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugeworfen bzw. die Änderung bei der Gemeinde bekannt geworden ist.

XX. Satzung

Zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Nottuln vom 20. Dezember 1989, vom 04. Juli 1996, vom 19. Dezember 1996, vom 17. Dezember 1998, vom 15. April 1999, vom 19. Dezember 2001, vom 18. Dezember 2002, vom 15. Dezember 2004, vom 13. Dezember 2006, vom 19. Dezember 2007, vom 17. Dezember 2008, vom 31. März 2009,

vom 22. Dezember 2010

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 9. Oktober 2007 (GV. NRW. 2007 S. 380), der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Artikel X des Gesetzes vom 9. Oktober 2007 (GV NRW S. 2007, S.380) und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV NRW 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2007 (GV NRW 2007, S. 708ff.) in Verbindung mit der Entwässerungssatzung der Gemeinde Nottuln, hat der Rat der Gemeinde Nottuln in seiner Sitzung am 21. Dezember 2010 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 9 Abs. 2 c, d und e werden neu aufgenommen:

- (c) Teilversiegelte Flächen werden – mit Ausnahme von Ökopflaster – bei der Erhebung der Niederschlagswassergebühr nicht berücksichtigt. Teilversiegelt sind Flächen, die eine überwiegende Wasserdurchlässigkeit oder eine nicht unerhebliche Rückhaltung von Niederschlagswasser zulassen, welches somit im Boden gespeichert und dem Grundwasser bzw. dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden kann. Zu den teilversiegelten Flächen gehören lückenlos begrünte Dächer, Schotterflächen, Flächen mit Rasengittersteinen sowie Kies oder Asche.

Flächen mit Porenbetonsteinen und Pflaster mit ablauffähigen Fugen (sog. Öko-Pflaster) werden auf Antrag zu 70 % bei der Erhebung der Niederschlagswassergebühr berücksichtigt. Voraussetzung für die Reduzierung ist der Nachweis (Zertifikat o.ä.) des Pflasterherstellers über die Versickerungsfähigkeit des Pflasters. Zusätzlich müssen der Unterbau und das Fugenmaterial auf das Entwässerungssystem abgestimmt sein, also wasseraufnahmefähig bzw. –durchlässig sein. Gelingt ein solcher Nachweis nicht, wird die betreffende Fläche zu 100% zur Niederschlagswassergebühr veranlagt.

(d) Regenwassernutzungsanlagen

Niederschlagswasser von an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossenen Flächen, welches vor der Einleitung in den Kanal in Auffangbehälter eingeleitet wird, kann für Eigenzwecke auf dem Grundstück als Brauchwasser genutzt werden. Die zu diesem Zweck notwendige Hausleitungsanlage muss den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechen. Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Errichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb derartiger Brauchwasseranlagen trägt der jeweilige Betreiber. Werden auf dem Grundstück entsprechende Anlagen betrieben, aus denen Schmutzwasser anfällt (z.B. durch Verwendung als Wasch- oder Toilettenspülwasser) und der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt wird, wird hierfür eine Schmutzwassergebühr erhoben. Die Wassermenge ist von dem Gebührenpflichtigen durch Messung (geeichter Wasserzähler) nachzuweisen. Für die anfallenden, der öffentlichen Abwasseranlage zugeleiteten Schmutzwassermengen reduziert sich die für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebliche Fläche, von der das Oberflächenwasser in die Anlage gelangt, um 80 %, wenn die Regenwassernutzungsanlage mit Überlauf und um 100 %, sofern die Regenwassernutzungsanlage ohne Überlauf an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. Als Einzugsfläche werden 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen anerkannt, sofern das Fassungsvermögen der Nutzungsanlage als Untergrenze mindestens 1 m³ beträgt. Veranlagt werden die Flächen, die 25m² pro 1m³ Fassungsvermögen der Anlage überschreiten.

(e) Versickerungsanlagen

Im Fall des Betriebs von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser (z. B. Versickerungsbecken, Mulden, Rigolen), die mit einem Überlauf an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen sind, reduziert sich die für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebliche Fläche, von der das Oberflächenwasser in die Anlage gelangt, um 80 %, wenn die Regenwassernutzungsanlage mit Überlauf und um 100 %, sofern die Regenwassernutzungsanlage ohne Überlauf an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. Als Einzugsfläche werden 25 m² pro 1 m³ Fassungsvermögen anerkannt, sofern das Fassungsvermögen der Nutzungsanlage als Untergrenze mindestens 1 m³ beträgt. Veranlagt werden die Flächen, die 25m² pro 1m³ Fassungsvermögen der Anlage überschreiten.

Artikel 2

§ 9 Abs. 3a und b wird wie folgt geändert:

Die Gebühr im Sinne des §8 Abs. 1 dieser Satzung beträgt für die Abwassererzeuger:

a) bei einem Schmutzwasseranschluss	1,79 €/m³
b) bei einem Niederschlagswasseranschluss	0,47 €/m²

Artikel 3

§ 11 Abs. 6 u 7 werden neu aufgenommen:

- (6) Werden Angaben nicht erbracht oder sind aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Gemeinde die für die Berechnung maßgebenden Merkmale nach erstmaliger schriftlicher Aufforderung gegenüber dem Auskunftspflichtigen unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen Sachverständigen auf Kosten des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.
- (7) Wird die Größe der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung bzw. nach Ingebrauchnahme der veränderten Flächen anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gelten die Absätze 3 und 4 (Anm.: §11) entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche wird mit dem Tag berücksichtigt, an dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen bzw. die Änderung bei der Gemeinde bekannt geworden ist.

Artikel 4

Diese Satzung tritt zum 01. Januar 2011 in Kraft.

BEKANNTMACHUNGSANORDNUNG

Die vorstehende XX Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Nottuln vom 20. Dezember 1989, vom 04. Juli 1996, vom 19. Dezember 1996, vom 17. Dezember 1998, vom 15. April 1999, vom 19. Dezember 2001, vom 18. Dezember 2002, vom 15. Dezember 2004, vom 13. Dezember 2006, vom 19. Dezember 2007, vom 17. Dezember 2008, vom 31. März 2009, vom 22. Dezember 2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gemeinde Nottuln, 22.12.2010

Der Bürgermeister
(Schneider)